

B. Stellungnahme der Metropolitan-Synode von Transsylvanien (zur Problematik des Uniatismus)

Das Wiederaufleben der Spannungen zwischen orthodoxen und griechisch-katholischen **Gläubigen** in zwei kleinen Dörfern Transsylvaniens, die Art, wie diese Spannungen künstlich durch lautstarke Proteste und demonstrative Gottesdienste auf öffentlichen Plätzen aufrechterhalten werden, ihr Aufbauschen durch eine intensive Öffentlichkeitskampagne sowohl im In- wie im Ausland, die Hartnäckigkeit, mit der die öffentliche Meinung systematisch durch Umgehen der Tatsachen oder durch Halbwahrheiten falsch informiert wird, das Faktum, dass unsere Dialogpartner einem Sondertreffen mit uns eine Vermittlung durch das Ministerium für Kultur und Religion vorgezogen haben, die negativen Reaktionen der Griechisch-katholischen auf diese Vermittlungsversuche, die Radikalisierung ihrer - extra durch das Internet verbreiteten - Forderungen nach Rückgabe von Kirchenbesitz sowie die missbräuchliche Ausnutzung des politischen Augenblicks, in dem Rumänien sich rüstet, Teil der Euro-Atlantischen Strukturen zu werden - all das zwingt uns, die Bischöfe der orthodoxen Metropolitan synode von Transsylvanien, mit folgenden Klarstellungen einzugreifen:

1. Heute, nachdem so viele Dokumente publiziert und so viele Bücher geschrieben worden sind, weiterhin davon zu sprechen, dass eine große Zahl der Rumänen Transsylvaniens aus eigenem Antrieb, aus eigenem freien Willen und ohne irgendeinen äußeren Zwang die Union mit Rom 1700 eingegangen sei, und dass es nicht Hunger und Erniedrigung waren, die die Leibeigenen zu dieser Zeit zwangen, die Religion ihres kaiserlichen Herren aus Wien anzunehmen, zeugt entweder von Ignoranz oder von böser Absicht.

2. Gleichzeitig weiß man sehr wohl um die dramatische Situation von 1948, als die kommunistische Diktatur die Griechisch-katholische Kirche missbräuchlich verbot, ihre Führer einer harten Verfolgung auslieferte. Die einzige Alternative für die griechisch-katholischen Gläubigen war, zu der Kirche zurückzukehren, von der sie 1700 getrennt worden waren. Von ihren 1.834 Priestern wurden 235 ins Gefängnis geworfen - wo sie zusammen mit 1.888 orthodoxen Priestern litten -, und eine große Zahl blieb, als Orthodoxe, in der Leitung ihrer Herden, während andere ihre Gläubigen verließen und sich einer anderen Beschäftigung widmeten. Dennoch bedeutet, politisch gesprochen, lediglich eine verbleibende Alternative durchaus Zwang.

3. Durch das Opfer unserer Jugend im Dezember 1989 erlangte auch die Griechisch-katholische Kirche wieder die Legalität, und jeder rumänische Bürger erhielt unter anderem die Freiheit der religiösen Wahl. Als eine große Überraschung stellte sich dann aber die Tatsache heraus, dass, während die mit Rom unierte Kirche 1948 (nach ihren eigenen Statistiken) 1.664.000 Gläubige hatte, zur Zeit des Zensus 1992 sich nur 223.000 als Griechisch-katholisch erklärten, das sind 13,5 %. (Es gibt Anzeichen dafür, dass die Zahl derer, die sich beim Zensus im März 2002 für Griechisch-katholisch erklärten, diese Zahl nicht übersteigt). Die große Mehrheit der transsylvanischen Rumänen hat verstanden, dass sie sich diesmal, nachdem sie in einem Zeitraum von drei Jahrhunderten zweimal gezwungen wurden ihre Religion zu wechseln, in einem Klima demokratischer Freiheiten keinerlei Zwang mehr unterwerfen müssen. Es ist für alle hilfreich zu verstehen, dass in jeder Gemeinde, die diese Erfahrungen

gemacht hat, die heutigen Orthodoxen keine anderen sind als die Griechisch-katholischen von gestern, und dass die Griechisch-katholischen von gestern keine anderen sind als die früheren Orthodoxen; die gleichen Leute, ihre Eltern und ihre Nachfahren, sie alle haben das gleiche Kirchengebäude benutzt, das griechisch-katholisch oder orthodox wurde je nach der konfessionellen Zugehörigkeit der Ortsgemeinde, denn das Kirchengebäude war ihres - sowohl juristisch wie faktisch.

4. Trotz dieser Tatsachen unternimmt die Griechisch-katholische Kirche seit 1990 eine breit angelegte Kampagne, all die Kirchengebäude, die sie 1948 nutzte, „zurück zu erobern“. Sie lehnte von Anfang an den Dialog mit der rumänischen orthodoxen Kirche ab und hat sich unbeirrt auf Methoden äußeren Zwangs verlassen, indem sie an die Staatsautorität appellierte, ob nun das Parlament, die Regierung, die Präfekturen und Stadtverwaltungen, die Polizei oder besonders die Gerichte. Weder nach dem Beginn des Dialogs, noch nachdem sie den Orthodoxen auf verschiedenen Wegen 150 Kirchen abgenommen hat, hat sie aufgehört, die Orthodoxen zum Handeln zu zwingen und mit einer wiederholten Serie von Gesetzestricks zu schikanieren, die sich auf alles mögliche berufen - auf Kanones, Grundbucheinträge, gesetzliche Paragraphen, formale Gesetzeslücken, rechtliche Privilegien -, alles außer dem wesentlichen Faktor: den Menschen mit seiner Seele und Würde. Die griechisch-katholischen Hierarchen und Theologen wissen wohl, dass die Kirche für sich genommen nichts außer einem institutionalisierten Abstraktum ist, dass die Kirche nicht mit Christus und seinen Aposteln ins Sein kam, sondern erst durch Pfingsten, als die ersten Getauften zu ihrer Zahl hinzugefügt wurden.

Wenn Kirche bedeutet - für die Katholischen wie für uns -: Christus, Hierarchen, Klerus und Gläubige in einer unauflöslichen Einheit, wie viele Glieder hat dann die Griechisch-katholische Kirche tatsächlich heute, um ihre Forderung nach „Rückgabe“ von über 2000 Kirchen zu begründen? Hier ist die Antwort in realen Zahlen:

1948 hatte die mit Rom unierte Kirche 2.600 Kirchen für ihre 1.644.000 Gläubigen, was im Durchschnitt eine Kirche für je 640 Gläubige bedeutete. Heute hat sie 350 Kirchen (150 den Orthodoxen abgenommene und 200 neugebaute) für ihre 230.000 Gläubigen, was im Durchschnitt eine Kirche pro 660 Gottesdienstbesucher heisst.

Es ist klar, dass proportional gesehen die Griechisch-katholische Kirche ihre Position von 1948 wieder erreicht hat, und dass sie die Zahl an Kirchen, die sie braucht, auch hat. Für isolierte kleine Gruppen, die noch keine eigene Kirche haben, sollten sie das Angebot, das wir vor einigen Jahren gemacht haben, annehmen, oder wenigstens das jüngste Angebot des Ministeriums für Kultur und Religion, sie beim Bau neuer Kirchen zu unterstützen, und dabei an die einstimmig anerkannte Erkenntnis denken, dass dies der einzige Weg ist, interkonfessionelle Spannungen auszulöschen.

Unter diesen Bedingungen weiterhin - durch die Gerichte oder mit anderen Mitteln - die Kirche einer Gemeinde, die ganz oder größtenteils orthodox ist, zu fordern, gleicht dem Versuch, die Gemeinde zu zwingen, die Religion ihres Herren anzunehmen wie 1700, was in einem Rechtsstaat unzulässig ist.

5. Andererseits ist es unbegreiflich, wie die Nachklänge dieser Medienkampagne über eine angebliche Zerstörung griechisch-katholischer Kirchen immer noch - durch Zeitungen, Radio und Internet - weiter verbreitet werden. Diese Kampagne (in welcher Ausdrücke wie „orthodoxe Bulldozer“, „orthodoxe Taliban“ und „orthodoxer Djihaad“ zu hören waren) hat uns dazu gebracht, eine Untersuchung durchzuführen,

an deren Ende wir herausfanden, dass die größte Zahl der während der letzten zwei-einhalb Jahrhunderte von den griechisch-katholischen erbauten Kirchen auf den Ruinen alter orthodoxer Kirchen aus der Zeit vor oder nach 1700 errichtet wurden, was auch ein normaler Vorgang ist: Die alte Kirche alterte, hatte ausgedient, entsprach nicht mehr dem Zeitgeschmack oder war einfach gemessen am Wachstum der Gemeinde zu klein geworden. Auf der anderen Seite ist der zur Verfügung stehende Baugrund auf die Quadratmeterzahl beschränkt, die sich im Besitz der jeweiligen Gemeinde befindet. Uns stehen Dokumente, Zeugen und Namenslisten zu Hunderten zur Verfügung. Es ist trotzdem niemandem eingefallen, die Griechisch-Katholischen anzuklagen, dass sie dadurch versucht hätten, alle Spuren der Orthodoxie von transsylvanischem Boden auszulöschen, so wie wir angeklagt wurden in Bezug auf sechs Kirchen, die in der Presse angeführt worden sind (zu denen Fälle von beabsichtigtem Abriss hinzugefügt wurden). Außerdem sehen wir nicht ein, warum Spuren der Orthodoxie weniger wertvoll sein sollten als Spuren des griechischen Katholizismus.

6. Etwas später entdeckten wir, dass diese lautstarke Kampagne dazu gedacht war, den psychologischen Grund für den Überraschungsschlag vom 3. Januar 2002 zu legen: Die Forderung nach der Rückgabe des Nicula-Klosters sowie der Versuch, ebenfalls durch Gerichtsverfahren, das umfassende Wiederaufbauprogramm, das im Frühjahr 2001 begonnen hatte und in dessen Mittelpunkt die neue Kirche steht, zu stoppen. Geschehen sollte dies durch eine Gerichtsverordnung auf der Basis eines Stückchen Papiers aus einem Grundbuchregister in ungarischer Sprache! Wissen unsere griechisch-katholischen Brüder nicht, dass das Nicula-Kloster viel mehr als ein Stück orthodoxen Besitzes und mehr als ein 450 Jahre altes Kloster ist? Durch die wunderwirkende Ikone, die 1681 vom orthodoxen Priester Luca von Iclod gemalt wurde, und durch die großen jährlichen Pilgerfahrten mit Hunderttausenden gläubiger Teilnehmer ist es ein spiritueller Hort des gesamten rumänischen Volkes. Wie kann eine Erscheinungsstätte der Gottesmutter vor ein weltliches Gericht gezerrt werden? Und wie kann eine Kirche versuchen, eine andere Kirche so auszumanövrieren?

7. Schließlich dies: Solange die Griechisch-katholische Kirche darauf besteht, mit uns ausschließlich auf der Basis sehr irdischer Themen zu verhandeln (nämlich um Gebäude, Land, Vermögen, Grundbucheintragungen, Eigentumsurkunden) sehen wir uns gezwungen, uns ebenfalls mit einem irdischen Thema zu befassen, obwohl wir das eigentlich nicht tun wollten. Auf nationaler Ebene repräsentieren die Orthodoxen 87 % der Bevölkerung und tragen in gleichem Verhältnis zum Staatshaushalt bei, während die Griechisch-katholischen 1 % beitragen. 1948 zählte die mit Rom unierte Kirche 5 Diözesen mit insgesamt 1.644.000 Gläubigen; heute hat sie für ihr 230.000 Mitglieder noch immer 5 Diözesen. Diese, wie ihre orthodoxen Gegenstücke, werden vom Staatshaushalt unter Bedingungen unterstützt, bei denen die Gesamtzahl ihrer Gläubigen noch nicht einmal eine Diözese rechtfertigt. In dieser Situation ist es für die Priester und Gläubigen der Gemeinden Transsylvaniens schwer zu akzeptieren, dass sie schikaniert, erniedrigt und mit ihrem eigenen Geld geschädigt werden.

8. Abschliessend verlangen wir nicht anderes, als dass die Rechte und Freiheiten der religiösen Wahl eines jeden rumänischen Bürgers respektiert werden. Religiöse Wahl ist eine demokratische Übung, die verlangt, dass jeder Versuch oder jede Aktion, Zwang jeder Art und jeden Ursprungs auszuüben, unterlassen wird, einschließlich Verlockungen zur Disloyalität, Drohungen, Mediendruck und Gerichtsanrufungen.

Insofern laden wir unsere griechisch-katholischen Brüder zu Realismus, Klarheit und Weisheit ein mit dem Wunsch, dass unser Dialog nicht auf eine strikt jurisdiktio-nelle Beziehung beschränkt bleibt, zu einer Zeit, in der unser Volk mehr von uns er-wartet. Wenn es wahr ist, dass wir alle Rumänen sind, dass wir die gleiche Sprache sprechen und die gleichen Lieder singen, wenn es wahr ist, dass wir gemeinsam beige-tragen haben zur Schaffung der transsylvanischen Geschichte und Kultur, wenn es wahr ist, dass wir zusammen Ostern und Pfingsten feiern, dann gibt es ausreichend Grund für Zusammenarbeit auf allen Gebieten des gemeinsamen Guten. Wir drücken unsere Hoffnung aus, dass wir bei unserem Treffen im Herbst dieses Jahres Lösungen für eine ehrliche, motivierte und dauernde Versöhnung finden werden, eine Versöh-nung, die sicherlich beitragen wird zur Erneuerung des Dialogs zwischen den Ortho-doxen Kirchen und der Römisch-katholischen Kirche. Möge Gott uns dazu helfen!

Großer und Heiliger Donnerstag 2002

Antonie (Plămădeală), Erzbischof von Sibiu und Metropolit von Transsylvanien;
Bartolomeu (Anania), Erzbischof von Vad, Feleac und Cluj;
Andrei (Andreicut), Erzbischof von Alba Iulia;
Ioan (Mihăltan), Bischof von Oradea;
Justinian (Chira), Bischof von Maramureș und Satu Mare;
Ioan (Seiejan), Bischof von Covasna und Harghita;
Visarion (Băltat) von Rășinari, Hilfsbischof von Sibiu;
Irineu (Pop) von Bistrița, Hilfsbischof von Cluj;
Vasile (Fluierăș) von Semeș, Hilfsbischof von Cluj;
Petroniu (Petru) von Sălaș, Hilfsbischof von Oradea;
Justin (Hodea) von Sighet, Hilfsbischof von Maramureș.

Als ebenfalls ihrer Situation entsprechend werteten und unterzeichneten die Bi-schöfe Timotei (Seviciu) von Arad, Ienepole und Hălmeagiu und Laurentiu (Streza) von Caransebeș, beide aus der Metropole des Banat, ebenfalls die vorstehende Erklä-rung.

(Aus: *Orthodoxie Aktuell* 6-7 [Juni-Juli 2002] 37-40)